

Niederschrift
11. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

| | |
|------------------------|--|
| Sitzungstermin: | Donnerstag, 03.05.2012 |
| Sitzungsbeginn: | 19:33 Uhr |
| Sitzungsende: | 21:32 Uhr |
| Ort, Raum: | Stadtallendorf, Bahnhofstraße 2, Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung |

Gesetzl. Mitgliederzahl: 37

stimmberechtigt anwesend: 37 (17 CDU, 12 SPD, 4 B90/GRÜNE, 2 FDP, 2 REP)

Anwesend sind:

Stadtverordnetenvorsteher:

Herr Hans-Georg Lang

Stadtverordnete/r:

Herr Hans-Jürgen Back

Herr Markus Becker

Herr Jürgen Behler

Herr Jürgen Berkei

Herr Frank Bonacker

Herr Michael Dickhaut

Herr Frank Drescher

Herr Thomas Dziuba

Herr Dieter Erber

Herr Michael Feldpausch

Herr Fabian Gies

Herr Michael Goetz

Frau Andrea Grigat-Thierau

Frau Dr. Uta Gruß

Herr Philipp Hesse

Herr Werner Hesse

Herr Frank Hille

Frau Annemarie Hühn

Herr Reinhard Kauk

Herr Stephan Klenner

Herr Winand Koch

Herr Gerhard Kroll

Frau Maria März

Herr Jochen Metz

Frau Carla Mönninger-Botthof

Frau Handan Özgüven

Frau Ulrike Quirnbach
Herr Stefan Rhein
Herr Nils Runge
Herr Klaus Ryborsch
Herr Wolfgang Salzer
Frau Ilona Schaub
Frau Hannelore Schneider
Herr Manfred Thierau
Herr Bernd Waldheim
Herr Friedhelm Wieber

Magistrat:

Herr Christian Somogyi
Herr Ludwig Bachhuber
Herr Otmar Bonacker
Herr Robert Botthof
Herr Karl-Heinz Digula
Herr Helmut Hahn
Herr Bernt Klapper
Frau Olga Schmitt

Ortsvorsteher:

Herr Armin Naumann
Herr Helmut Schütz

Entschuldigt fehlen:

Herr Bernd Zink (Stadtrat)
Herr Adolf Fleischhauer (Ortsvorsteher)
Herr Hartmuth Koch (Ortsvorsteher)

Schriftführer:

Breitenstein, Jürgen Dipl. Verw. FH

/ Die Anwesenheitsliste wird Bestandteil des Original-Protokolls.

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 **Fragestunde**
 - 2.1 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Frank Hille (CDU-Fraktion) vom 12.04.2012 (eingegangen am 12.04.2012); betr. Bundesfreiwilligendienst
Antrag: 23a/0190/2012
 - 2.2 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Michael Dickhaut (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 16.04.2012 (eingegangen am 17.04.2012); betr. Nutzungsmöglichkeiten des Vorplatzes am Aufbaugebäude
Antrag: 23a/0191/2012
 - 2.3 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Michael Goetz (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 17.04.2012 (eingegangen am 17.04.2012); betr. Baumaßnahmen in der Straße Am Lohpfad
Antrag: 23a/0193/2012

- 2.4 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Frank Hille (CDU-Fraktion) vom 21.04.2012 (eingegangen am 23.04.2012); betr. Mehrausgaben für die Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst
Antrag: 23a/0195/2012
- 2.5 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Winand Koch (FDP-Fraktion) vom 23.04.2012 (eingegangen am 24.04.2012); betr. Verbotsschilder
Antrag: 23a/0196/2012
- 2.6 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Philipp Hesse (SPD-Fraktion) vom 24.04.2012 (eingegangen am 24.04.2012); betr. Rettungsfristen bei Vollsperrung der B 454
Antrag: 23a/0197/2012

TOP Beschlüsse

- 3 Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Stadtallendorf I
Vorlage: FB3/2012/0016
- 4 Einrichtung eines Rechnungsprüfungsamtes im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit
Vorlage: FB1/2012/0023/1
- 5 Bürgerschaft Nahwärme Erksdorf eG
Vorlage: FB1/2012/0039
- 6 Verkauf Grundstück Stadtallendorf Flur 44, Flst. 633/79
Vorlage: FB4/2012/0044

TOP Anträge gem. § 14 GO

- 7 Sachstandsbericht zu der Situation nach der Auflösung des Gasversorgungszweckverbandes; Antrag gem. § 14 GO der FDP-Fraktion vom 23.03.2012 (eingegangen am 26.03.2012)
Vorlage: FDP/2012/0003
- 8 Facebook-Präsenz für Stadtallendorf; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 11.04.2012 (eingegangen am 12.04.2012)
Vorlage: CDU/2012/0001
- 9 Bürgerhaushalt; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 11.04.2012 (eingegangen am 12.04.2012)
Vorlage: CDU/2012/0002
- 10 Kein Verkauf der Wohnungen der Naussauischen Heimstätte; Antrag gem. § 14 der GO der SPD-Fraktion vom 17.04.2012 (eingegangen am 17.04.2012)
Vorlage: SPD/2012/0002
- 11 Einheitliche Verkehrsregelungen - insbesondere für Fußgänger - an den Kreisverkehren; Antrag gem. § 14 der GO der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 17.04.2012 (eingegangen am 17.04.2012)
Vorlage: GRÜ/2012/0003

TOP Anfragen gem. § 23 b GO

- 12 Leerstand in der Stadtmitte; Anfrage gem. § 23 b der GO der CDU-Fraktion vom 17.04.2012 (eingegangen am 17.04.2012)
Antrag: 23b/0192/2012
- 13 Neugestaltung des Stadtbusverkehrs; Anfrage gem. § 23 b der GO der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 17.04.2012 (eingegangen am 17.04.2012)
Antrag: 23b/0194/2012

TOP Kenntnisnahmen

- 14 Beteiligungsbericht 2011
Vorlage: FB1/2012/0030
- 15 Genehmigung der Haushaltssatzung 2012 durch den Landrat des Landkreises Marburg-Biedenkopf
Verfügung vom 27.03.2012
Vorlage: FB1/2012/0035
- 16 Realisierung des Lückenschlusses der Bundesautobahn A 49; Stellungnahme des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung vom 07.03.2012
Vorlage: FB4/2012/0035
- 17 Mitteilungen
- 18 Verschiedenes

Inhalt der Verhandlungen:

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats, an der Spitze Herr Bürgermeister Somogyi, die anwesenden Ortsvorsteher, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Zuschauer.

Er weist darauf hin, dass die Einladung form- und fristgerecht ergangen ist.

Herr Bürgermeister Somogyi erklärt, dass TOP 5 „Bürgerschaft Nahwärme Erksdorf eG“ von der heutigen Tagesordnung zurückgezogen werde, da noch kein entsprechender Antrag vorliege.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang erklärt, dass zur heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eine Tischvorlage der Verwaltung vorliege, über deren Aufnahme mit einer Zweidrittelmehrheit abgestimmt werden müsse.

Es wird darüber abgestimmt, die Tischvorlage der Verwaltung als neuen Tagesordnungspunkt 6 auf die Tagesordnung zu nehmen. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig dafür

TOP 2 Fragestunde

Es liegen 6 Anfragen gem. § 23 a der GO vor, die von Herrn Bürgermeister Somogyi beantwortet werden.

**TOP 2.1 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Frank Hille (CDU-Fraktion) vom 12.04.2012 (eingegangen am 12.04.2012); betr. Bundesfreiwilligendienst
Antrag: 23a/0190/2012**

Herr Bürgermeister Somogyi beantwortet die Anfrage. Er erklärt, dass sich bisher noch keine Freiwilligen bei der Verwaltung oder bei den Eigenbetrieben gemeldet hätten.

Es ergibt sich eine Zusatzfrage des Herrn Stv. Hille (CDU), ob es hierfür eine Erklärung gäbe, ob diese Stellen ausgeschrieben worden seien und warum dies auf einmal so unattraktiv sei?

Herr Bürgermeister Somogyi beantwortet die Zusatzfrage; er erklärt, dass man die Thematik nicht weiter analysiert habe. Allerdings biete man nach wie vor die Möglichkeit an, den Bundesfreiwilligendienst bei der Stadt, insbesondere in der Jugendpflege, abzuleisten.

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Stv. Werner Hesse (SPD), ob es dem Magistrat bekannt gewesen sei, ob hierfür auch Gelder vom Bund, im Falle dass jemand seinen Freiwilligendienst bei der Stadt abgeleistet hätte, zur Verfügung gestanden hätten.

Herr Bürgermeister Somogyi erklärt, es sei bekannt gewesen, dass dann Gelder zur Verfügung gestanden hätten; allerdings sei man nicht auf den Markt zugegangen und habe dort um freiwillige Bewerber geworben.

**TOP 2.2 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Michael Dickhaut (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 16.04.2012 (eingegangen am 17.04.2012); betr. Nutzungsmöglichkeiten des Vorplatzes am Aufbaugebäude
Antrag: 23a/0191/2012**

Herr Bürgermeister Somogyi beantwortet die Anfrage. Eine Anregung des Fragestellers, dass man hier die Vereine auffordern solle, Ideen zu entwickeln, damit diese Situation eine Änderung erfahre, wird zur Kenntnis genommen.

Herr Bürgermeister Somogyi erklärt, dass kein klares Konzept von möglichen Nutzern vorgelegt worden sei. Abschließend betont er in seinen Ausführungen, dass man möglicherweise noch einmal hierauf aufmerksam mache; der Magistrat stehe einer Nutzung des Platzes am Aufbaugebäude offen gegenüber.

**TOP 2.3 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Michael Goetz (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 17.04.2012 (eingegangen am 17.04.2012); betr. Baumaßnahmen in der Straße Am Lohpfad
Antrag: 23a/0193/2012**

Herr Bürgermeister Somogyi beantwortet die Anfrage. Eine Zusatzfrage des Herrn Stv. Goetz wird ebenfalls von Herrn Bürgermeister Somogyi beantwortet. Herr Stv. Goetz stellt anhand einer konkreten Begebenheit aus seiner Sicht die Situation am Lohpfad, bei der auf Grund des morgendlichen Verkehrs eine Überquerung der Straße zur Schule hin nicht möglich gewesen sei, dar. Er erklärt, dass z. B. im Bereich der Beruflichen Schulen in Kirchhain und dem dortigen Kreisverkehr ein Zebrastreifen angebracht sei. Er bittet daher um entsprechende Prüfung im Interesse der Jugendlichen und Schülerinnen und Schüler, eine entsprechende Lösung zu finden.

Herr Bürgermeister Somogyi erklärt, dass er dies noch einmal aufnehmen werde, wobei wohl entsprechende Hinweisschilder mit „30“ und „Schulbetrieb“ in dem betroffenen Bereich angebracht seien.

**TOP 2.4 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Frank Hille (CDU-Fraktion) vom 21.04.2012 (eingegangen am 23.04.2012); betr. Mehrausgaben für die Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst
Antrag: 23a/0195/2012**

Herr Bürgermeister Somogyi beantwortet die Anfrage.

In einer Zusatzfrage weist Herr Stv. Hille darauf hin, dass von der Tarifierhöhung auch Kindergärtnerinnen bzw. Erzieherinnen betroffen seien, die in Kindergärten beschäftigt sind, die nicht in städt. Trägerschaft seien; diese Einrichtungen würden zu 80 % von der Stadt getragen. Dies finde sich in der Aufstellung nicht wieder.

Herr Bürgermeister Somogyi betont, dass man die Einrichtungen, die nicht in städt. Trägerschaft sind, nicht explizit aufgenommen habe. Er gehe davon aus, dass man die Tarifierhöhung mit dem vorliegenden Haushalt abdecken könne. Für das kommende Haushaltsjahr müsse man eine Erhöhung sowie die zusätzlichen Personalkosten für die Kinderkrippe in die Planung mit aufnehmen.

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Stv. Hille betr. Mehrkosten insbesondere im Bereich der Kindergärten wird von Herrn Bürgermeister Somogyi beantwortet.

**TOP 2.5 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Winand Koch (FDP-Fraktion) vom 23.04.2012 (eingegangen am 24.04.2012); betr. Verbotsschilder
Antrag: 23a/0196/2012**

Die Anfrage wird von Herrn Bürgermeister Somogyi beantwortet.

Herr Stv. Koch merkt an, dass die Beantwortung mehr auf die Historie abstelle. Er fragt an, ob es beabsichtigt sei, nur auf den Radwanderwegen entsprechende Hinweisschilder anzubringen oder ob diese Maßnahmen dann auch z. B. die Ortsdurchfahrt Wolferode oder die Schweinsberger Straße in Nieder Klein betreffen würden.

Herr Bürgermeister Somogyi verweist hier auf eine generelle Überprüfung dieser Problematik.

**TOP 2.6 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Philipp Hesse (SPD-Fraktion) vom 24.04.2012 (eingegangen am 24.04.2012); betr. Rettungsfristen bei Vollsperrung der B 454
Antrag: 23a/0197/2012**

Herr Bürgermeister Somogyi beantwortet die Anfrage. Er dankt an dieser Stelle den Feuerwehrkameraden der Firma Winter für ihre Unterstützung.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

TOP Beschlüsse

**TOP 3 Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Stadtallendorf I
Vorlage: FB3/2012/0016**

Fachausschuss für öffentliche Sicherheit, Soziales und Kultur, 24.04.2012
Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang erläutert die Verfahrensweise und teilt mit, dass sich drei Kandidaten für das Amt des Ortsgerichtsschöffen beworben haben und somit geheim gewählt werde. Er weist darauf hin, dass nach dem Ortsgerichtsgesetz die Person gewählt ist, auf die mehr als die Hälfte der Stimmen der gesetzlichen Zahl der Gemeindevertreter entfällt.

Zur Abwicklung der Wahl wird ein Wahlvorstand gebildet. Zu Wahlhelfern werden von den Fraktionen benannt:

- **CDU-Fraktion:** Stv. Fabian Gies
- **SPD-Fraktion:** Stv. Philipp Hesse
- **Fraktion B90/DIE GRÜNEN:** Stv. Hannelore Schneider
- **FDP-Fraktion:** Stv. Winand Koch
- **REP-Fraktion:** Stv. Grigat-Thierau

Der Schriftführer ruft die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung in alphabetischer Reihenfolge zur Stimmabgabe auf.

Nach Abschluss der Wahlhandlung stellt Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang fest, dass alle 37 anwesenden Stadtverordneten ihre Stimme abgegeben haben. Es wird folgendes Wahlergebnis festgestellt:

1. Wolfgang Salzer: 15 Stimmen
2. Heinz-Lothar Walden: 4 Stimmen
3. Rainer Loskand: 18 Stimmen

Da keiner der Bewerber mehr als die Hälfte der Stimmen der gesetzlichen Zahl der Gemeindevertreter erhalten hat, erfolgt eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten Rainer Loskand und Wolfgang Salzer.

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung werden wiederum vom Schriftführer in alphabetischer Reihenfolge zur Stimmabgabe aufgerufen.

Nach Abschluss der Wahlhandlung stellt Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang erneut fest, dass alle 37 anwesenden Stadtverordneten ihre Stimme abgegeben haben. Er gibt das Wahlergebnis bekannt:

- | | | |
|----|------------------|------------|
| 1. | Rainer Loskand: | 22 Stimmen |
| 2. | Wolfgang Salzer: | 15 Stimmen |

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang stellt fest, dass Herr Rainer Loskand gewählt ist. Die Einverständniserklärung zur Wahl als Ortsgerichtsschöffe liegt in schriftlicher Form vor.

TOP 4 Einrichtung eines Rechnungsprüfungsamtes im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit
Vorlage: FB1/2012/0023/1

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen, 02.05.2012
Abstimmungsergebnis: 7 Ja, 6 Enthaltungen

Zur Sache spricht Frau Stv. Schaub (CDU). Sie weist darauf hin, dass es bereits vor ca. zwei Jahren im Rahmen der Haushaltskonsolidierungsberatungen Überlegungen zur Einrichtung eines eigenen Rechnungsprüfungsamtes gegeben habe. Sie geht auf die Vorzüge zur Einrichtung eines eigenen Rechnungsprüfungsamtes ein – u.a. eine gewisse Unabhängigkeit; Sachfragen könnten vor Ort erörtert werden. Darüber hinaus sollten durch die Einrichtung eines eigenen Rechnungsprüfungsamtes Kosten eingespart werden

Sie geht weiter auf die Kostenberechnung der Verwaltung ein, die als Anlage der heutigen Vorlage beigefügt ist. Somit sei es nach dem neuerlichen Angebot des Landkreises günstiger, vorerst kein eigenes Rechnungsprüfungsamt einzurichten. Sollte jedoch die Zukunft zeigen, dass die Einrichtung eines eigenen Rechnungsprüfungsamtes günstiger werde, habe man jährlich die Option, darüber neu zu befinden.

Im Übrigen signalisiert sie Zustimmung ihrer Fraktion zu der Vorlage.

Beschluss:

Die Stadt Stadtallendorf nimmt zunächst davon Abstand, im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit zusammen mit den Städten Neustadt und Rauschenberg ein gemeinsames Rechnungsprüfungsamt einzurichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

**TOP 5 Bürgerschaft Nahwärme Erksdorf eG
Vorlage: FB1/2012/0039**

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen, 02.05.2012
Abstimmungsergebnis: zurückgestellt

Die Vorlage wurde zu Beginn der Sitzung von Herrn Bürgermeister Somogyi zurückgezogen.

**TOP 6 Verkauf Grundstück Stadtallendorf Flur 44, Flst. 633/79
Vorlage: FB4/2012/0044**

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft,
26.04.2012

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür bei 1 Enthaltung

Zur Sache spricht Herr Stv. Goetz (B90/GRÜNE) und bittet um die Beantwortung der nachfolgenden Fragen durch Herrn Bürgermeister Somogyi:

1. Soll das Grundstück an die Firma Farben Reinhardt GmbH & Co.KG, Stadtallendorf, verkauft werden?

Er merkt an, dass man hier vor vollendete Tatsachen gestellt werde.

2. In der Vorlage sei ein Kaufpreis festgelegt worden, hier wäre für das Entfernen der Baumstümpfe ein Abzug in Höhe von 7.500 € vorgenommen. Warum übernimmt die Stadt die Kosten für das Entfernen der Baumstümpfe überhaupt?

3. Wer trägt im Falle der Aufforstung die daraus entstehenden Kosten?

Herr Bürgermeister Somogyi merkt an, dass man die vorliegenden Fragen auch im zuständigen Fachausschuss hätte klären können. Er teilt weiter mit, dass er in der Sitzung des Fachausschusses III durch den Ersten Stadtrat vertreten worden sei. Er betont, dass die Stadt ein Interesse an der Veräußerung des genannten Grundstückes gehabt habe. Er verweist auf eine vertragliche Grundlage, wonach man sich auf einen Abzug für das Entfernen der Baumstümpfe auf 7.500 € geeinigt habe. Der Verkauf der Bäume sei der Stadt zugutegekommen. Daher sei der Vertrag nicht zum Nachteil der Stadt abgeschlossen worden.

Zu der Frage der Wiederaufforstung erklärt Herr Bürgermeister Somogyi, dass er dies in der Verwaltung noch einmal recherchieren lassen werde. Die Beantwortung werde mit der heutigen Niederschrift erfolgen.

Anmerkung der Verwaltung:

Nach Mitteilung des Fachbereiches 4 erfolgt die Ersatzaufforstung in der Waldneuanlage bei Schweinsberg in der Größe der Rodungsfläche von 2.150 m². Die Kosten betragen ca. 1,50 € bis 2,00 € pro Quadratmeter.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, wird über die Vorlage abgestimmt.

Beschluss:

1. Die Stadt Stadtallendorf verkauft das Grundstück Flur 44, Flurstück 633/79 (siehe Lageplan) in Größe von 2.072 m² an die Firma Farben Reinhardt GmbH & Co.KG, 35260 Stadtallendorf.
2. Der Kaufpreis errechnet sich wie folgt:

| | | |
|---|--------------------------------|--------------|
| a) Bodenrichtwert: | 2.072 m ² x 60,00 € | 124.320,00 € |
| b) Abzug für Entfernen der Baumstümpfe pauschal | | 7.500,00 € |
| Kaufpreis mithin: | | 116.820,00 € |

Der Bodenrichtwert ergibt sich aus dem Gutachten des Gutachterausschusses zum Stand vom 01.01.2011).
3. Es bestehen ansonsten die üblichen Verkaufskonditionen, die Notarkosten trägt der Käufer.
4. Die Erschließung des Geländes mit Hausanschlüssen erfolgt auf Kosten des Käufers.

Abstimmungsergebnis: 33 dafür (CDU, SPD, FDP, REP)
4 Enthaltungen (B90/GRÜNE)

TOP Anträge gem. § 14 GO

**TOP 7 Sachstandsbericht zu der Situation nach der Auflösung des Gasversorgungszweckverbandes; Antrag gem. § 14 GO der FDP-Fraktion vom 23.03.2012 (eingegangen am 26.03.2012)
Vorlage: FDP/2012/0003**

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen, 02.05.2012
Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Herr Stv. Koch (FDP) begründet den Antrag für seine Fraktion. Er betont, dass es Ziel dieses Antrags gewesen sei, dass eine Entscheidungsgrundlage vorbereitet werde, wie sich die Situation nach der Kündigung gestalten werde. Der Sachstandsbericht solle einer Diskussionsgrundlage dienen, um ein positives Ergebnis für Stadtallendorf zu erreichen.

Er bittet um Zustimmung zum vorliegenden Antrag. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Antragstext:

Der Magistrat wird beauftragt, unverzüglich einen Sachstandsbericht zu der Situation nach der Auflösung des Gasversorgungszweckverbandes vorzulegen, aus dem sich insbesondere ergibt, welche Maßnahmen die Stadt im Hinblick auf die Möglichkeit der Erhebung von Durchleitungsgebühren bzw. von Konzessionsabgaben seit der Auflösung initiiert hat, bzw. welche Handlungsspielräume sich hier für die Stadt zukünftig ergeben.

Er soll auch die bisherigen Aktivitäten zur gemeinsamen Ausschreibung von Lieferverträgen mitteilen.

Der Sachstandsbericht soll dabei dazu Stellung bzw. einen Ausblick geben, inwieweit –ähnlich dem Modell der Stromnetzübernahme- eine gemeinsame Übernahme des Gasnetzes evtl. zusammen mit anderen Kommunen- möglich ist bzw. interessengerecht erscheint, oder ob es sinnvoll erscheint lediglich Konzessionsabgaben für die nächsten Jahre festzuschreiben.

Es soll auch Bericht erstattet werden, welche Initiativen bisher erfolgten und zukünftig erforderlich sind, um zusammen mit anderen Kommunen oder dem Kreis z.B. Ausschreibungen der Gaslieferungen vorzunehmen, damit Großabnahmen und die damit zusammenhängenden Rabatte erreicht werden können. Der Bericht soll eine Basis für eine sachgerechte Entscheidung der Stadtverordneten in dieser Frage legen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

**TOP 8 Facebook-Präsenz für Stadtallendorf; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 11.04.2012 (eingegangen am 12.04.2012)
Vorlage: CDU/2012/0001**

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen, 02.05.2012

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Herr Stv. Gies (CDU) begründet den Antrag seiner Fraktion und erläutert das Medium „Facebook“. So weist er darauf hin, dass Betriebe, die sich auf Facebook präsentieren, deutliche Umsatzsteigerungen erfahren konnten. Innerhalb von 12 Monaten habe dieses Medium 200 Mio. Nutzer registrieren können.

Herr Stv. Philipp Hesse (SPD) begründet den Änderungsantrag seiner Fraktion. Er betont, dass man grundsätzlich nicht gegen die Einrichtung von Facebook sei; er weist auch auf andere Anbieter, wie z. B. Google plus, hin.

Herr Stv. Koch (FDP) spricht zur Thematik und signalisiert Zustimmung zum vorliegenden SPD-Änderungsantrag.

Herr Stv. Thierau (REP) hegt Zweifel an der Dringlichkeit einer solchen Plattform. Daher stimme seine Fraktion dem SPD-Änderungsantrag zu.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang weist darauf hin, dass die Intention des CDU-Antrages im SPD-Änderungsantrag enthalten sei und sich der Ursprungsantrag somit dort wiederfinde. Es wird über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abgestimmt.

Antragstext Änderungsantrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, welche Kosten, welche rechtliche Konsequenzen und welcher Personalaufwand bei der Einrichtung und späteren Pflege entstehen, wenn die Stadt Stadtallendorf eine Facebook-Präsenz (wahlweise Profil oder Fan-Seite) einrichtet, um aktuelle Inhalte von www.stadtallendorf.de künftig auch über diesen Weg den Nutzerinnen und Nutzern des sozialen Netzwerks zur Verfügung zu stellen und für die Stadt zu werben.

Gleichzeitig ist zu ermitteln, wie die Kosten und der Personalaufwand sich darstellen, wenn neben Facebook auch eine Präsenz in anderen sozialen Netzwerken verwirklicht wird.

Darüber hinaus ist eine zunächst zeitlich begrenzte Nutzung zum Sammeln von Erfahrungen in die Prüfung mit einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

**TOP 9 Bürgerhaushalt; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 11.04.2012 (eingegangen am 12.04.2012)
Vorlage: CDU/2012/0002**

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen, 02.05.2012

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Herr Stv. Berkei (CDU) begründet den Antrag für seine Fraktion. Bürgerhaushalte seien aus Sicht seiner Fraktion Instrumente, um Menschen vor Ort in der Stadt eine stärkere Beteiligung insbesondere an haushaltspolitischen Fragestellungen zu ermöglichen. Er zeigt verschiedene Optionen auf, die über einen Bürgerhaushalt möglich sein könnten. Voraussetzung hierfür sei allerdings ein angemessener Arbeitsaufwand in der Verwaltung; auch hier stelle sich wiederum die Kostenfrage. Letztendlich solle mit dieser Möglichkeit auch der Politikverdrossenheit entgegen gewirkt werden.

Zur Sache spricht weiter Herr Stv. Thierau (REP). Er bedankt sich bei der CDU-Fraktion, dass diese diese Thematik nun ebenfalls aufgreife. Er signalisiert Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

Weiterhin spricht Herr Stv. Werner Hesse (SPD) zur Sache. Er signalisiert ebenfalls Zustimmung zum vorliegenden Antrag. Er betont dabei, dass es Ziel sein müsse, Partizipation für die Bürger zu schaffen, um der Politikverdrossenheit entgegen zu wirken. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass das Problem darin liege, dass solche Modelle immer an die Fragen der realen Grenzen

von Macht stießen. Er weist desweiteren auf die Problematik hin, wenn man in einem Bürgerhaushaltsdialog den Menschen klar machen müsse, wie z. B. die schwer verständlichen Auflagen einer Kommunalaufsicht bei der Haushaltsgenehmigung für den nächsten Haushalt umzusetzen sind.

Zur Sache spricht weiter Herr Stv. Koch (FDP). Auch er signalisiert Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag. Seiner Fraktion komme es darauf an, die Bürger in die Verantwortung mit einzubeziehen.

Abschließend spricht Herr Stv. Feldpausch (B90/GRÜNE) zur Thematik und signalisiert ebenfalls Zustimmung zum vorliegenden CDU-Antrag. Er betont, dass seine Fraktion schon im Vorfeld im Wahlkampf für mehr Bürgerbeteiligung und gegen Politikverdrossenheit plädiert habe. Daher werde man dem vorliegenden Antrag seine Zustimmung erteilen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, bis zum 30. September einen Bericht vorzulegen, in welchen Kommunen welche Modelle eines sogenannten „Bürgerhaushalts“ erprobt wurden und welche Erfahrungen damit gemacht wurden. In dem Bericht ist auch eine Bewertung von Seiten des Magistrats vorzunehmen, ob und in welcher Weise ein „Bürgerhaushalt“ in Stadtallendorf etabliert werden könnte.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

TOP 10 Kein Verkauf der Wohnungen der Nassauischen Heimstätte; Antrag gem. § 14 der GO der SPD-Fraktion vom 17.04.2012 (eingegangen am 17.04.2012) Vorlage: SPD/2012/0002

Fachausschuss für öffentliche Sicherheit, Soziales und Kultur, 24.04.2012

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Frau Stv. Özgüven (SPD) begründet den Antrag für ihre Fraktion und gibt eine umfangreiche Stellungnahme zum Sachverhalt ab. Sie weist darauf hin, dass die Nassauische Heimstätte allein in Stadtallendorf über 900 Wohnungen vermiete, die in der Regel von einkommensschwachen Haushalten bewohnt würden. Dabei hätten die Mieter der Nassauischen Heimstätte eine gewisse Sicherheit, was die Stabilität der Mietzinsen und die Instandhaltung der Anlagen betreffe. Mit dem geplanten Verkauf der Nassauischen Heimstätte setze das Land Hessen diese Sicherheit der Bürger aufs Spiel.

Abschließend betont sie, dass sich das Land Hessen seiner sozialen Verantwortung gegenüber den Bürgern stellen und bezahlbaren Wohnraum erhalten und nicht abbauen solle. Daher müsse der Verkauf an einen reinen Finanzinvestor ausgeschlossen werden.

Dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion werde ihre Fraktion zustimmen, da

dieser in Punkt 1 auch die Intention des Ursprungsantrages enthalte.

Zur Sache spricht weiter Herr Stv. Hille (CDU). Auch seine Fraktion sei sich der Problematik bewusst. Er gibt jedoch zu bedenken, dass man in diesem Gremium keine Entscheidung über den Verkauf von Landesanteilen an der Nassauischen Heimstätte treffen könne. Was man in der Stadtverordnetenversammlung bringen könne, sei ein Appell. Diesen solle man dann aber auch als Sprachrohr für die Menschen in Stadtallendorf benutzen, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen seien.

Er begründet den Änderungsantrag seiner Fraktion. Er hebt hierbei die folgenden Ziele hervor:

- Kein Verkauf an private Investoren, die ausschließlich Renditeziele verfolgen;
- Ein neuer oder geänderter Träger muss seine soziale Verantwortung nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch in der Gegenwart nachgewiesen haben;
- Die Mietverhältnisse und die damit verbundenen Konditionen müssen unangetastet bleiben.

Zur Sache spricht weiter Herr Stv. Koch (FDP). Er betont, dass die originäre Entscheidung beim Hess. Landtag liege. Er empfehle jedem, sich einmal die Mieten des sozialen Wohnungsbaues anzusehen und diese dann mit privaten Mieten zu vergleichen. Er wage zu behaupten, dass oftmals der private Wohnraum billiger zur Verfügung gestellt werde.

Abschließend betont er, dass man heute einen Appell an die Hess. Landesregierung beschließe, dem man voll zustimmen könne.

Weiterhin spricht Herr Stv. Thierau (FDP) zur Sache. Er erklärt, dass seine Fraktion den vorliegenden Antrag befürworte und dem Änderungsantrag der CDU die Zustimmung erteilen werde, obwohl man Zweifel an der originären Zuständigkeit hege.

Herr Stv. Goetz (B90/GRÜNE) spricht zur Sache. Er signalisiert sowohl zum Ursprungsantrag der SPD als auch zum Änderungsantrag der CDU seine Zustimmung.

Herr Stv. Werner Hesse (SPD) geht auf eine Äußerung von Herrn Stv. Thierau (REP) ein, dass die SPD den Antrag bei den Linken im Kreistag abgeschrieben habe. Er betont, dass der Antrag seiner Fraktion ein völlig originär eigenständiges Ideengut sei.

Frau Stv. Özgüven (SPD) geht noch einmal auf den Redebeitrag von Herrn Stv. Koch (FDP) in Bezug auf die Äußerung ein, dass privater Wohnraum oftmals günstiger als öffentlich geförderter Wohnraum sei. Sie weist darauf hin, dass private Vermieter selten bzw. ungern an Sozialhilfeempfänger bzw. an Familien mit vielen Kindern oder Familien mit geringem Einkommen vermieten würden. Daher sei man auf den sozialen Wohnungsbau angewiesen.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang erläutert die Verfahrensweise zur Abstimmung. Es wird über den vorliegenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion,

in dem der Ursprungsantrag enthalten ist, abgestimmt.

Antragstext Änderungsantrag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Stadtallendorf sieht es als eine öffentliche Aufgabe an, bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen sicher zu stellen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Stadtallendorf ist der Auffassung, dass unabhängig davon, ob sich die Eigentumsverhältnisse der „Nassauischen Heimstätte“ ändern oder nicht, der gemeinwohlorientierte Auftrag des Unternehmens unverändert fortgeführt wird.
3. Ein Verkauf z. B. an einen reinen Finanzinvestor, der die Gemeinwohlorientierung im Umgang mit den Wohnungen gefährdet oder aufhebt, wird von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Stadtallendorf kategorisch abgelehnt.
4. Der Magistrat wird beauftragt, diesen Beschluss der Landesregierung zu übermitteln und auf eine Berücksichtigung zu drängen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

**TOP 11 Einheitliche Verkehrsregelungen - insbesondere für Fußgänger - an den Kreisverkehren; Antrag gem. § 14 der GO der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 17.04.2012 (eingegangen am 17.04.2012)
Vorlage: GRÜ/2012/0003**

Fachausschuss für öffentliche Sicherheit, Soziales und Kultur, 24.04.2012

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Herr Stv. Dickhaut (B90/GRÜNE) begründet den Antrag für seine Fraktion. Die Situation hinsichtlich der einheitlichen Verkehrsregelung insbesondere für Fußgänger an den Kreisverkehren sei schon hinlänglich begründet worden.

Zur Sache spricht weiter Herr Stv. Metz (CDU) und begründet den Änderungsantrag für seine Fraktion.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, wird über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der die Intention des Ursprungsantrages enthält, abgestimmt.

Antragstext Änderungsantrag:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob eine einheitliche Verkehrsregelung für alle Kreisverkehre in der Kernstadt und den Stadtteilen wie am Kreisverkehr Wetzlarer Str./Herrenwaldstr. erstellt werden kann bzw. muss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

TOP Anfragen gem. § 23 b GO

**TOP 12 Leerstand in der Stadtmitte; Anfrage gem. § 23 b der GO der CDU-Fraktion vom 17.04.2012 (eingegangen am 17.04.2012)
Antrag: 23b/0192/2012**

Die Anfrage wurde mit Schreiben vom 26.04.2012 durch den Magistrat beantwortet.

Herr Stv. Klenner (CDU) erläutert hierzu die Intention, die zu dieser Anfrage geführt habe.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**TOP 13 Neugestaltung des Stadtbusverkehrs; Anfrage gem. § 23 b der GO der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 17.04.2012 (eingegangen am 17.04.2012)
Antrag: 23b/0194/2012**

Die Anfrage wurde mit Schreiben vom 26.04.2012 durch den Magistrat beantwortet.

Herr Stv. Goetz (B90/GRÜNE) bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage und erklärt, es sei für seine Fraktion ein wichtiges Anliegen, dieses Stadtbussystem so in der Stadt auch zu erhalten; seine Fraktion werde sich aktiv an der Diskussion beteiligen und versuchen, ihre Vorstellungen dort mit einzubringen.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

TOP Kenntnisnahmen

**TOP 14 Beteiligungsbericht 2011
Vorlage: FB1/2012/0030**

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen, 02.05.2012
Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Kenntnisnahme:

Der als Anlage beigefügte Beteiligungsbericht 2011 wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**TOP 15 Genehmigung der Haushaltssatzung 2012 durch den Landrat des
Landkreises Marburg-Biedenkopf
Verfügung vom 27.03.2012
Vorlage: FB1/2012/0035**

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen, 02.05.2012
Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Kenntnisnahme:

Die Genehmigung der Haushaltssatzung 2012 durch Verfügung des Landrates
Marburg-Biedenkopf vom 27.03.2012 wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**TOP 16 Realisierung des Lückenschlusses der Bundesautobahn A 49; Stellungnahme
des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und
Landesentwicklung vom 07.03.2012
Vorlage: FB4/2012/0035**

Fachausschuss für öffentliche Sicherheit, Soziales und Kultur, 24.04.2012
Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft, 26.04.2012
Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

Kenntnisnahme:

Der Magistrat der Stadt Stadtallendorf wurde beauftragt, im Rahmen der
Realisierung des Lückenschlusses der Bundesautobahn A 49 nochmals den
politisch Verantwortlichen die bisherige Haltung, dass es keinen
„abschnittswisen Bau“ der A 49 geben soll, zu vermitteln. In dem Anschreiben
des Magistrats an das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und
Landesentwicklung heißt es daher:

„Die politischen Gremien der Stadt Stadtallendorf haben sich aus aktuellem
Anlass erneut mit der Planung und Realisierung der Autobahn A 49 im Rahmen
einer Stadtverordnetenversammlung beschäftigt.

Bereits in den Jahren 2007 und 2010 wurde von Seiten der
Stadtverordnetenversammlung durch entsprechende Beschlüsse die Haltung
vertreten, dass ein „abschnittswiser Bau“ der Autobahn A 49 für die Stadt
Stadtallendorf nicht gewünscht wird. Seinerzeit wurde gefordert, dass die
Bautätigkeit in den weiteren Bauabschnitten (VKE 20, VKE 30, VKE 40) erst
beginnen soll, wenn für den gesamten Streckenabschnitt bis zur Autobahn A 5 bei
Gemünden/Felda das Baurecht geschaffen wurde. Über diese Beschlüsse wurden
Sie seinerzeit informiert.

Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt angesichts der aktuellen Diskussion
noch einmal ihre bisherige Haltung, dass es keinen abschnittswisen Bau der
Autobahn A 49 geben soll. Weiterhin sollen die Bautätigkeiten an den weiteren

Bauabschnitten erst beginnen, wenn für den gesamten Bereich zwischen Bischhausen und der A 5 Baurecht besteht.

Die Stadtverordnetenversammlung hat sich dafür ausgesprochen, dass das Land Hessen schnellstmöglich Baurecht für alle Streckenabschnitte der A 49 schaffen möge. Weiterhin soll das Land Hessen den Ablauf der Baumaßnahmen für die A 49 und die Nutzungsfreigaben von Teilabschnitten so gestalten, dass die Belastungen für die Menschen in allen Kommunen entlang der Baustrecke – vor allem aber in Stadtallendorf – während der Bauzeit auf ein Mindestmaß begrenzt werden.

Wir bitten Sie, die oben beschriebenen Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung bei den weiteren Überlegungen zur Realisierung der Autobahn A 49 zu berücksichtigen.“

Mit Schreiben vom 07.03.2012 wurde den Magistraten der Stadt Neustadt und der Stadt Stadtallendorf vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung das Antwortschreiben des Herrn Staatsminister Dieter Posch zugesandt. Dieses Antwortschreiben ist als Anlage zu dieser Vorlage beigefügt.

Es wird um Kenntnisnahme gebeten.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

TOP 17 Mitteilungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

TOP 18 Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen ebenfalls keine Wortmeldungen vor.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang wünscht den Anwesenden noch einen schönen restlichen Abend und schließt die Sitzung.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Hans-Georg L a n g
Stadtverordnetenvorsteher

Jürgen Breitenstein
Dipl.Verw. (FH)